

Egon Dobat

Berlin, den 21.9.2015

Persönliche Erklärung zur Vollversammlung am 16.9.15 (zwecks Protokollanlage)

1. Jahresabschluss 2014

Meine Diskussionsbemühungen über den von Frau Witt vorgetragene Jahresabschluss 2014 stießen bei den anwesenden Vollversammlungsmitgliedern auf kein wahrnehmbares Interesse. Mehr noch, als ich Frau Witt fragte, was die ca. 578.000 Euro „sonstigen Personalaufwendungen“ (s. 10. Sonstige betriebliche Aufwendungen) zu bedeuten hätten und ob Sie mir Auskünfte über die Sonderzahlungen an die IHK-Mitarbeiter geben könne, unterbrach mich der Präsident mehrmals und versuchte meine Fragestellung abzurechnen. Dabei verwies er mich auf Herrn Meerstein, den ich darüber außerhalb der Vollversammlung befragen könne.

Ich erwiderte, dass ich als Vollversammlungsmitglied über den Haushalt abstimmen solle und daher ein Frage- und Auskunftsrecht vor der Abstimmung hätte. Diese Ausführungen ignorierte der Präsident und ließ abstimmen. Ich stimmte daher dem Jahresabschluss nicht zu.

Ich empfinde dieses Verhalten des Präsidenten als unzulässig und respektlos.

2. Medienmanipulation mit IHK-Geld

Es wurde beschlossen, einen mittleren fünfstelligen Betrag in das IHK Budget aufzunehmen, um IHK-genehme Darstellungen in den Medien zu generieren.

Dagegen habe ich eingewendet, dass es bisher schon unrichtige Darstellungen der IHK-Pressestelle in den Medien gab. Als Beispiel führte ich eine IHK-Begründung gegenüber dem Tagesspiegel Mitte August 2015 an, mit der die kurzfristige Absage eines Gesprächs zwischen Herrn Dr. Schweitzer und Herrn Hübner gerechtfertigt wurde. Darin wurde ausgeführt, dass das Vollversammlungsmitglied Christoph Hübner bei seinen Bemühungen, das Wohnheim Reichsstraße für eine Flüchtlingsunterbringung zu nutzen, einen Vollversammlungsbeschluss nicht beachtete. Das ist nachweisbar nicht die Wahrheit.

In meiner Wortmeldung bezeichnete ich es als eine unzulässige Maßnahme, zwangsweise erhobene IHK-Mitgliedsbeiträge für eine Hofberichterstattung einzusetzen. Zudem hätte die Vollversammlung nicht die Möglichkeit, zuvor darüber zu entscheiden, ob die kostenpflichtig lancierten Mediendarstellungen tatsächlich dem Interesse der Mitgliedschaft entsprechen.

Wenn man Leserreaktionen von Zeitungs- oder online-Berichten über die IHK nachvollzieht, drängt sich auch bei neutralen Lesern stets der Eindruck auf, dass die Mitglieder die IHK-Zwangsmemberschaft mehrheitlich verärgert und begründet ablehnen. Diesen Eindruck mit öffentlich-rechtlichen Geldern durch PR und bezahlte scheinbar redaktionelle Medienberichten zu überdecken, halte ich für unzulässig. Derartige Manipulationen sind auch nicht mit dem die IHK verpflichtendem Leitbild eines „ehrbaren Kaufmanns“ zu vereinbaren.

Dennoch, ohne weitere Diskussion, ließ sich Herr Dr. Schweitzer in einem von ihm scheinbar spontan formulierten und in einem für mich z.Z. (vor Protokollveröffentlichung) inhaltlich nicht nachvollziehbaren Antrag dieses Verfahren per Stimmkarte genehmigen. Ich stimmte dem nicht zu und stelle die Rechtmäßigkeit dieses Antrages in Frage.

Egon Dobat

Berlin, den 21.9.2015

Persönliche Erklärung zur Vollversammlung am 16.9.15 Seite 2

3. Kooptation

In einer höchstrichterlichen Entscheidung vom 17.6.15 hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die in vielen IHKn erfolgten Kooptationen grundsätzlich rechtswidrig erfolgten. Dieses Urteil ist auch für die Berliner IHK verbindlich. Dennoch wurden auch in dieser Vollversammlung die kooptierten Vollversammlungsmitglieder mit Stimmzetteln ausgestattet, die teilweise auch noch bei Abstimmungen erhoben wurden. Es wurde bei Abstimmungen zwischen stimmberechtigten und möglicherweise nicht stimmberechtigten Vollversammlungsmitgliedern nicht differenziert. Der zuvor vom Präsidenten angekündigte Stimmverzicht war bei den Abstimmungen nicht nachvollziehbar.

Abschließende Anmerkung

Es ist beachtenswert, wie diskussionsmüde die Vollversammlung erscheint, insbesondere auch, wenn es um ihre ausschließlichen Entscheidungsrechte wie Haushalt und Budget geht. Meine Hinweise auf den seit 2008 stetig anwachsenden Personalbedarf der IHK, den überproportionalen Anstieg der Personalaufwendungen und meine Anregung, die IHK-Leitung aufzufordern, zukünftige Einsparmöglichkeiten bei den Personalkosten aufzuzeigen, stießen auf keinerlei wahrnehmbare Resonanz. Nur Schweigen. Ohne darauf einzugehen oder im Plenum nachzufragen wechselte der Präsident das Thema.

Ich erhebe nicht den Anspruch, dass man meine Auffassung teilen soll. Wohl aber sollte man in parlamentarischer Manier andere Argumente zur Kenntnis nehmen. Es gibt Mitglieder, die sich der internen Kommunikation verweigern und sich z.B. als Adressat im Emailverteiler nicht eintragen oder streichen lassen.

Die Geschäftsordnung sieht kein Wortprotokoll vor. Die Abgabe einer persönlichen Erklärung ist die einzige Möglichkeit, den abwesenden Mitgliedern der Vollversammlung oder auch den interessierten Lesern des Protokolls nachvollziehbar zu machen, dass es auch Stimmen in der Vollversammlung gibt, die nicht dem von der IHK-Leitung initiierten Mainstream folgen.

